

# INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,  
Fernsehen



Gewerkschaft  
der Polizei

<http://www.gdp.de>  
[gdp-pressestelle@gdp-online.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp-online.de)

Bundesvorstand

---

Pressekonferenz der Gewerkschaft der Polizei am 29. Januar 2003 in Berlin

## „Ein sicherer Arbeitsplatz“

Statement des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft  
der Polizei, Konrad Freiberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

das sind unsere Kolleginnen und Kollegen, die an ihrem so genannten sicheren Arbeitsplatz ihr Leben verloren haben.

Mit diesen wenigen Szenen möchten wir deutlich machen, wie makaber wir es empfinden, wenn man unseren Forderungen nach einer gerechten Bezahlung entgegenhält: „Seid doch froh, dass wenigstens ihr einen sicheren Arbeitsplatz habt.“

Ein sicherer Arbeitsplatz hat in unsicheren wirtschaftlichen Zeiten einen unbestritten hohen Wert. Aber: Wie sicher ist ein Arbeitsplatz bei der Polizei?

Seit 1945 bis Ende 2002 sind 385 Polizistinnen und Polizisten durch Rechtsbrecher getötet worden. Bis Ende 2001 verunglückten 1.391 Polizeibeamte in Ausübung des Dienstes tödlich. Noch liegen die offiziellen Zahlen des letzten Jahres nicht vor, doch soweit bekannt, ließen vier Polizistinnen und Polizisten bei Unfällen in Ausübung des Dienstes ihr Leben.

Sicher, in vielen Berufen ereignen sich tragische Unfälle.

Aber nennen Sie mir bitte einen Beruf,

- in dem Ihnen Leute begegnen, die Sie verletzen oder sogar töten wollen,
- in dem Sie ständig gefährlichen Situationen nicht ausweichen dürfen, sondern sich ihnen stellen müssen,
- in dem jeder Tag über Ihre Gesundheit oder Ihr Leben entscheidet.

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin  
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 200  
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Die Polizeiführungsakademie (PFA) in Münster-Hiltrup ermittelte, dass rund 700 Beamtinnen und Beamte pro Jahr im Dienst so schwer verletzt werden, dass sie mehr als sieben Tage dienstunfähig sind. Dies, so die PFA, sei „natürlich nur die Spitze des Eisberges“. Die Masse der Fälle bliebe unerfasst, da meist unter 7 Tage krank geschrieben würde.

In 687 von rund 4000 Fällen, in denen Polizistinnen und Polizisten zwischen 1985 und 2000 angegriffen wurden, geschah dies mit der Absicht, sie zu töten, ermittelte das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in Hannover.

Der Polizeiberuf ist schwerer und gefährlicher geworden. Weisungen und Handeln der Polizei werden immer weniger akzeptiert. Die Zahl der so genannten „Widerstände gegen die Staatsgewalt“, die die Straftatbestände „öffentliche Aufforderung zu Straftaten“, „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“, „Gefangenenbefreiung“ und „Gefangenenmeuterei“ umfasst, ist um über 23 v.H. von 17.324 Fällen im Jahr 1995 auf 21.379 Fälle im Jahr 2001 gestiegen. Dabei wurde in 1.043 Fällen mit der Schusswaffe gedroht und in 165 Fällen tatsächlich geschossen.

Mein Berliner Kollege, der Landesvorsitzende Eberhard Schönberg, wird Ihnen am Fall der Bundeshauptstadt Berlin bestätigen, dass die alltägliche Arbeit der Polizei, ja selbst lapidare Verkehrskontrollen, für die Polizeibeamtinnen und -beamten zunehmend zum Risiko wird. So wie erst jüngst im Wedding, als sich ein Autofahrer bei einer Verkehrskontrolle den Weg frei schoss. Allein im vergangenen Jahr wurden 1.775 Angriffe auf Polizisten hier in der Hauptstadt registriert.

Auch die Täter – vor allem Kinder, Jugendliche und Heranwachsende – werden immer brutaler und immer häufiger werden Messer und Schusswaffen eingesetzt.

Wir haben unter dem Titel „Ein sicherer Arbeitsplatz“ einige Szenen zusammengestellt, die einen Eindruck vermitteln sollen, wie sehr sich der Beruf der Polizistin oder des Polizisten von anderen Berufen unterscheidet.

Sie sehen in diesem Film nicht nur die Belastungen unseres Berufes, die sich aus tätlichen und oft auch hasserfüllten Angriffen uns gegenüber ergeben. Härter als ein Schlag ins eigene Gesicht ist oft, was wir an Tatorten erleben, in denen andere Menschen zu Schaden gekommen sind. Das ist bei Verkehrsunfällen und Verbrechen besonders dann der Fall, wenn Kinder verletzt oder getötet wurden.

Bei allen schrecklichen Ereignissen müssen wir handeln, dürfen nicht wegsehen oder weggehen.

Wir haben diese Szenen zusammengestellt, weil wir in den letzten Wochen und Monaten auf eine noch ganz andere Art verletzt wurden. Viele Politiker versuchten den Eindruck zu erwecken, wir als Angehörige des öffentlichen Dienstes, lebten unbeschadet wie die Made im Speck. Die Anstellung als Polizeibeamtin oder Polizeibeamter auf Lebenszeit sollte uns genügen, der „sichere Arbeitsplatz“ sei schließlich Lohn genug, deshalb seien Forderungen nach sozialen Verbesserungen ungerechtfertigt.

Nicht erwähnt wird darüber hinaus, dass auch wir unseren Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte bereits geleistet haben, dass auch wir umfangreiche soziale Verschlechterungen hinter uns haben.

Zum Beispiel:

- **Personalkürzungen**
- **Außer in NRW, Hessen und im Bund (38,5 Stunden) wurde die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden verlängert, in Berlin gar auf 42 Stunden**
- **Streichung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage**
- **Einfrieren des Weihnachtsgeldes (jetzt nur noch 86 Prozent, im Osten sind es 63 Prozent)**
- **Einfrieren der Polizeizulage**
- **Absenkung des Renten- und Versorgungsniveaus**
- **Verschlechterung der Hinterbliebenenversorgung**
- **Verschlechterungen bei der Beihilfe bzw. Freien Heilfürsorge**
- **Abkoppelung bei den Besoldungsrunden usw.**

Diese erheblichen Einschnitte in die Einkommen der Polizeibeamtinnen und -beamten haben sich nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit vollzogen. Ihnen steht ein ständig wachsender Aufgabenberg bei gleichzeitigem Personalabbau gegenüber.

Sie wissen, meine Damen und Herren, aus Ihrer täglichen Berichterstattung, dass es um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nicht zum Besten bestellt ist. Das betrifft sowohl die wachsende Alltagskriminalität mit einer erschreckenden Zunahme an Gewaltdelikten, als auch die Gefährdung der inneren Sicherheit durch die wachsende terroristische Bedrohung. Hinzu kommen aber neue, vor Jahren noch nahezu unbekannte Delikte und auch eine Reihe von Gesetzen, die die Politiker zur Beruhigung der Menschen beschließen, aber die Antwort schuldig bleiben, wer denn ihre Einhaltung kontrollieren und überwachen soll. So klafft die Schere zwischen Aufgabenzuwachs und Vollzug immer weiter auseinander.

Hier einige Beispiele, die in den Ihnen vorliegenden Unterlagen näher beschrieben sind:

- Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
- Einrichtung von Prüfgruppen zur Bekämpfung schwerer Fälle der Wirtschaftskriminalität
- Neue Formen von Wirtschafts- und Organisierter Kriminalität (Geldwäsche, Anlagebetrug)

- Verstärkte Bekämpfung des Menschenhandels und der illegalen Einwanderung
- Einrichtung der Gen-Datei
- Computer-Kriminalität
- Internet-Kriminalität
- Bekämpfung des Rechtsextremismus / erhebliche Zunahme von „Demos von Rechts“
- Zunahme von Objektschutzmaßnahmen / Schutz von Demonstrationen
- Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Lebensmittelskandalen (BSE).
- Ausbau der internationalen Zusammenarbeit (EUROPOL, Schengener Informationssystem)
- Einsatz von Polizeikräften in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo
- Mehraufgaben durch neue Gesetze wie z. B. Handy-Verbot beim Autofahren oder Senkung der Promillegrenze auf 0,5 Promille
- Neue Dimensionen des Terrorismus
- Fußballweltmeisterschaft 2006

Man will uns also nicht mehr nach dem Wert und dem Umfang unserer Arbeit bezahlen, wir sollen nur noch finanzielle Manövriermasse zur Sanierung maroder Haushalte sein.

Und wieder müssen die Polizeibesetzten dagegen kämpfen, Teile ihres Einkommens zu verlieren.

Wenn die Bundesländer, wie beabsichtigt, die Besoldung der Beamten mit Hilfe einer so genannten „Öffnungsklausel“ wieder selbst bestimmen können, beginnt die soziale Talfahrt für jeden Polizeibesetzten in jedem Bundesland früher oder später.

Das bringt uns in Wut. Und nicht nur das.

Während Arbeiter und Angestellte in Tarifverhandlungen, vertreten durch ihre DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, in Augenhöhe mit den Arbeitgebern in Bund und Ländern verhandeln und notfalls die Arbeit niederlegen können, bestimmt der Gesetzgeber einseitig die Höhe der Besoldung für die Beamtinnen und Beamten.

Polizistinnen und Polizisten sind zwar mündig genug, eine Dienstwaffe zu führen, in Sekundenschnelle, Entscheidungen mit erheblicher Tragweite zu treffen, aber nicht mündig genug, um über ihre wirtschaftlichen und sozialen Belange verhandeln zu können?

Einerseits vertraut der Staat der Polizei mit ihrem Personal das Gewaltmonopol mit allen damit einhergehenden Konsequenzen an, andererseits traut der Staat den beamteten Angehörigen der Polizei nicht zu, das Koalitionsrecht in verantwortlicher Weise wahrzunehmen.

Da ist der Gedanke an Gegenwehr die logische Konsequenz.

Aufsehen haben die Delegierten der Gewerkschaft der Polizei (GdP) erregt, als sie Ende vergangenen Jahres auf ihrem 22. Ordentlichen Bundeskongress einen Beschluss zum Streikrecht für Polizeibeamte fassten.

Damit rüttelten sie an einem Tabu, das in anderen Ländern Europas längst keines mehr ist. Ein Streikrecht für Polizeibeamte – so etwas gibt es nämlich unter anderem in der Schweiz, in Belgien und in Schweden, ohne dass in diesen Ländern Staat oder Bürger gefährdet wären oder die Revolution ausbricht.

Wir wollen damit deutlich machen, dass für uns das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Wer weiterhin die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten als Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt, provoziert einen „Aufstand der Ordnungshüter“.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für weitere Fragen zur Verfügung. Zur Ergänzung meiner Ausführungen liegen auf Ihren Plätzen weitere Unterlagen.